Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 15. Januar 1879. Nr. 24.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 14. Januar.

Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr.

Der Abgeordnete Dr. Achenbach ist ins Haus eingetreten.

Tagesordnung:

I. Dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die richterlichen Mitglieder der Grundsteuer-Entschädigungs-Kommission.

Der Gesetzentwurf wird definitiv genehmigt.

II. Berathung der Staatsverträge mit verschiedenen Staaten über die Begründung der Gerichtsgemeinschaften.

Die Vorlage wird zur zweiten Berathung im Plenum gestellt.

III. Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Ankauf der Homburger Eisenbahn.

Abg. Dr. Köhler-Göttingen: Die in Rede stehende Bahn bilde kein wichtiges Glied in dem System der allgemeinen Bahnen; dieselbe sei eine Sackbahn. Uebernehme der Staat diese Bahn, so werde er auch den Umbau des Frankfurter Bahnhofs übernehmen müssen. Die Budgetkommission werde daher zu prüfen haben, ob wir wirklich gezwungen sind, diese Bahn umgehend anzukaufen. Er seinerseits würde der Vorlage nur dann zustimmen, wenn zwingende Gründe zu dem Ankaufe vorliegen.

Abg. Dr. Hammacher hält den Kaufpreis, 200,000 M. für den Kilometer, für eine eingeleisige Bahn enorm hoch. Trotzdem werde man dem Vorschlage der Regierung zustimmen müssen, wenn es richtig ist, daß der Homburger Eisenbahngesellschaft ein Einspruchsrecht gegen die Umgestaltung der Frankfurter Bahnverhältnisse zusteht.

Abg. Berger-Witten ist mit der Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission einverstanden. Dieselbe möge sich nicht einmal, sondern zehnmal überlegen, ob es unter den gegenwärtigen Finanzverhältnissen sich empfehle, den Ankauf einer so unrentablen Bahn zu genehmigen. Ebenso möchte er bitten, das Projekt des Umbaues des Frankfurter Bahnhofes nicht zu genehmigen. Dasselbe erfordere einen Kostenaufwand von 28,500,000 Mk., was mit Hinzurechnung von 11 Millionen für den Umbau des hannoverschen Bahnhofs eine Summe von über 39 Millionen Mark erfordere. Das sei doch für unsere schlechte Finanzlage eine zu hohe Summe.

Geh. Rath Dr. Fröhlich hält die Angaben des Vorredners nicht für richtig. Bei dem Projekt des Umbaues des Frankfurter Bahnhofs komme der Erlös aus dem Verkauf des Terrains ꝛc. des alten Bahnhofs in Höhe von 18 Millionen in Verrechnung, so daß für die neuen Bahnhofsanlagen effektiv nur 11 Millionen zur Verausgabung gelangen würden.

Abg. Dr. Lasker wollte dasselbe sagen und macht noch darauf aufmerksam, daß die Zustände auf dem Bahnhofe in Frankfurt derartige seien, daß sie für den Verkehr gefährlich erscheinen.

Abg. v. Benda bemerkt, daß die Position wegen Umbau des Frankfurter Bahnhofs von der Budgetkommission abgesetzt ist. Der Umbau des Bahnhofs stehe aber in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Ankauf der Homburger Bahn und falle mit der definitiven Absetzung des erwähnten Projektes.

Abg. Windthorst-Meppen hat keinen Anlaß, schon jetzt auf die Sache einzugehen. Man müsse den Bericht der Budgetkommission über das Frankfurter Bahnhofsprojekt abwarten, bevor eine Entscheidung möglich ist.

Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

IV. Berathung der Uebersicht über die Verwaltung der fiskalischen Bergwerke, Hütten und Salinen während des Etatsjahres 1877—78.

Auf den Antrag des Abg. Hammacher wird auch diese Vorlage der Budgetkommission überwiesen.

V. Dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Reorganisation der drei vormals sächsischen Stifter Merseburg, Naumburg und Zeitz.

Abg. v. Meyer-Arnswalde beantragt, unterstützt von den Konservativen und dem Centrum, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Abg. Schmidt-Sagan: Es sei kein Grund vorhanden, die Domkapitel aufzulösen, wie es nach den Beschlüssen der zweiten Lesung geschehen solle. Der Titel „Domherren" und das schlechte Singen dieser Herren berechtige noch nicht zu der Auflösung; die althergebrachten Gebräuche könne man auch anderweitig abschaffen. Er bitte, dem Antrage Meyer zuzustimmen.

Abg. Dr. Eberty tritt für die Beschlüsse der zweiten Lesung ein. Es gelte, eine mittelalterliche Ruine zu beseitigen.

Abg. v. Meyer-Arnswalde empfiehlt seinen Antrag, der aus der Erwägung hervorgegangen sei, daß das Haus bei der Abstimmung in zweiter Lesung beschlußunfähig gewesen. (Rufe: Oho!)

Abg. Richter-Sangerhausen: Die Kommission habe bei ihren Beschlüssen sich lediglich vom Standpunkte des historischen Rechts leiten lassen, das heißt sie habe sich a f das Recht gestützt, das in dem Aktenstücke vom Jahre 1847 ausgesprochen ist.

Die Diskussion wird geschlossen.

Der Antrag Meyer wird abgelehnt und die Vorlage nach den Beschlüssen der zweiten Lesung genehmigt

V. Fortsetzung der Berathung des Etats des Kultusministeriums.

Die Berathung beginnt bei Kap. 124 (Gymnasien und Realschulen).

Abg. Gerber führt zunächst aus, daß die Schwierigkeiten, die dem Erlasse des allgemeinen Unterrichtsgesetzes entgegenstehen, nur in dem Volksschulwesen ihren Grund haben, für die Neugestaltung des höheren Schulwesens seien diese Schwierigkeiten nicht vorhanden. Redner legt sodann die Gründe dar, welche eine möglichst baldige Neuordnung des höheren Schulwese s wünschenswerth erscheinen lassen Ohne eine Kritik den bestehenden Verhältnissen gegenüber vornehmen zu wollen, will er nur die Wünsche der Realschulen in Bezug auf den Lehrplan und das Prüfungswesen dieser Anstalten der Regierung ans Herz legen. Er verweist auf die vielfach ausgesprochenen Wünsche bezüglich der Berechtigung der Realschulen und unterstützt dies Verlangen derselben wegen Zulassung der Realschul-Abiturienten zum medizinischen Studium. Die Prüfungsordnungen der Gymnasien und auch der Realschulen seien derart, daß sie die Schüler mit nutzlosen Arbeiten überbürden und zwar zu einer Zeit, wo diese Ueberbürdung am bittersten empfunden wird. (Sehr richtig!) Redner führt zur Illustration verschiedene Beispiele an und glaubt, daß die Regierung das Unhaltbare der bisherigen Forderung einsehen und eine Aenderung herbeiführen werde.

Reg.-Komm. Geh. Rath Dr. Bonitz hält eine abgesonderte Regelung des höheren Volksschulwesens für unmöglich, denn es bestehe zwischen diesem und dem gesammten Volksschulwesen ein solch enger Zusammenhang, daß namentlich alle Fragen, welche die äußeren Bedürfnisse der Schule betreffen, gar nicht von einander zu trennen sind. Der Feststellung der Lehrpläne für die höheren Lehranstalten ständen außer formellen auch sachliche Gründe entgegen. Es werde durch die anderweitige Feststellung der Lehrpläne nicht beabsichtigt, in den bereits bestehenden Schulen tief eingehende Aenderungen hervorzurufen, wohl aber sei durch eine alle einzelnen Einrichtungen umfassende Revision darauf Bedacht genommen worden, daß die Lehraufgaben leichter und sicherer von der Mehrheit der Schüler erreicht werden können. Die Veröffentlichung des Entwurfes des Unterrichtsgesetzes oder eines Theiles desselben zur Hervorrufung einer Kritik würde schwerlich etwas Neues zu Tage fördern. Was die Prüfung der Abiturienten an den Realschulen, speziell die Zulassung derselben zum Studium der Medizin anlange, so sei diese Angelegenheit zur Zeit noch nicht zur Entscheidung gebracht. Er könne deshalb heute eine Erklärung noch nicht abgeben.

Abg. Witt (Breslau) verlangt eine schärfere Beaufsichtigung des katholischen Religionsunterrichts. Im Gymnasium zu Frankfurt a. M. werde nach den Mittheilungen eines Berliner Blattes bei dem katholischen Religionsunterricht ein Lehrbuch benutzt, das die schärfsten Ausfälle gegen den Protestantismus enthalte und von Friedrich dem Großen behauptet, er sei ein sittlich verderbter Mensch gewesen, der alles Göttliche verspottet habe. Er richtet an den Minister die Anfrage, ob ihm hiervon etwas bekannt ist, und andererseits hoffe er, daß das Centrum seine Mitwirkung zur Beseitigung dieses Mißbrauches nicht versagen werde.

Reg.-Komm. Geh. Rath Stauder: Wenn das betreffende Buch erst zwei Jahre im Gebrauch wäre, wie angegeben wird, so müßte die Genehmigung dazu nachgesucht worden sein. Das ist nicht der Fall und deshalb muß ich annehmen, daß das Buch unter einem früheren Ministerium zum Gebrauch genehmigt worden. Ich kann jedoch versichern, daß, wenn der Inhalt des Buches den gemachten Angaben entspricht, sofort Remedur geschaffen und das Buch aus dem Gebrauche der Schule entfernt werden wird.

Abg. Dr. Bender beschwert sich darüber, daß das Provinzial-Schulkollegium in Königsberg den Gymnasiallehrern daselbst in Folge der letzten Reichstagswahlen eine Verwarnung hat zukommen lassen.

Kultusminister Dr. Falk erklärt, daß er seinerseits keine Verfügung zum Zwecke der Wahlbeeinflussung erlassen habe. Allerdings seien ihm viele Beschwerden über Wahlbeeinflussungen zu Gesicht gekommen, aber nur durch die Zeitungen. Er habe es trotzdem für seine Pflicht gehalten, alles Dasjenige zu erörtern, was er durch die Zeitungen erfahren, der von dem Vorredner erwähnte Fall sei in den Zeitungen aber nicht zur Besprechung gelangt. Was die erörterten Wahlbeeinflussungen anlange, so habe er überall, wo er dieselben für begründet gefunden, Remedur geschaffen, in dem Falle des Bezirksschulrathes Wendland in Gumbinnen würde er aber ganz ebenso verfahren haben, wie dieser; er habe sich deshalb nur zustimmend äußern können.

Abg. Schmidt (Stettin) richtet an die Regierung die Bitte, noch vor Emanation des allgemeinen Unterrichtsgesetzes die Berechtigungsfragen der Gewerbeschulen, der Gewerbeakademie und des Polytechnikums zur Regelung zu bringen.

Abg. Dr. Lucius betont unter Anderem, daß man den Realschul-Abiturienten sehr wohl die Berechtigung zum Studium der Medizin geben könne. Er bespricht sodann die von ihm schon früher zur Sprache gebrachte Ueberbürdung der Schüler mit häuslichen Arbeiten. Statistisch sei festgestellt, daß die Klassen von Sexta bis Prima im Breslauer Gymnasium 12, 18, 24, 31, 41, 56 pCt. Kurzsichtige, die Breslauer Knabenschulen 9, 16, 19, 25, 27, 44 pCt. enthalten. Redner wünscht dringend Abhülfe dieser Mißstände.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Dr. Bonitz erwidert, daß die Regierung der letzteren Sache näher getreten und daß bei der Untersuchung gewonnene Material Sachverständigen mitgetheilt habe. Es würden alle Momente, welche der Gesundheit dienlich sein können, von der Regierung auf's Gewissenhafteste berücksichtigt werden. Was die Ueberbürdung der Schüler mit Schularbeiten im Allgemeinen anlangt, so verweist Redner auf seine obige Aeußerung.

Abg. Kantak bringt seine bekannte Beschwerde über die Beseitigung der in der Provinz Posen heimischen Gymnasiallehrer, die zum Theil nach den westlichen Provinzen versetzt wurden, zur Sprache und führt auf diesen Umstand den Rückgang der Frequenz der katholischen Gymnasien in der Provinz Posen zurück. In der Stadt Posen sei das Marien-Gymnasium unter dem System Fall's wesentlich gesunken, das evangelische Friedrich-Wilhelms-Gymnasium dagegen durch die Unterstützung der Regierung wesentlich gestiegen.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Dr. Stauder weist die Beschuldigung der Vorredners entschieden zurück.

Abg. Richter (Hagen) erklärt zur Richtigstellung der Aeußerung des Abg. Bender, daß die Fortschrittspartei keine „Partei Falk" sei. Seine (des Redners) Partei habe und werde Herrn Dr. Falk nur in den Fällen unterstützen, in denen die Grundsätze beider zusammenfallen. Redner geht sodann auf die Wahlbeeinflussungen der Lehrer näher ein und behauptet, daß die Lehrer aus naheliegenden Gründen mit ihren Beschwerden zurückhalten müßten. Dies sei übrigens keine Lehrerfrage, das Haus habe die Pflicht, diese Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen. Was speziell den Fall des Schulraths Wendland anlange, so wisse er allerdings nicht, woher Herr Falk seine Instruktionen habe, vielleicht von Herrn Wendland selbst. Aber ganz abgesehen hiervon, so enthalte die Aufforderung in dem betreffenden Erlasse: „Treu zu Kaiser und Reich" eine Beleidigung der gegnerischen Parteien; die Herren stellten sich immer so hin, als hätten sie die Treue zu Kaiser und Reich in Generalpacht genommen. Redner verweist auf zahllose Fälle, in denen die Schulräthe in der Provinz Ostpreußen persönlich auf die Wahlen im Sinne der Regierung einzuwirken gesucht haben. Er ist dem Kultusminister für seine Erklärung sehr dankbar, wünscht jedoch zu wissen, ob der Minister mit den, in dem Schreiben der Regierung zu Schleswig ausgesprochenen Grundsätzen einverstanden ist, nach welchen der Lehrer sich jeder Betheiligung an der Förderung solcher Wahlen, die der Regierung nicht genehm sind, zu enthalten haben. Ich richte an den Minister die ganz bestimmte Frage, ob etwa der Diensteid eines Beamten etwas zu thun hat mit seiner politischen Stellung, ob dieser Eid ihm verbietet, thätig zu sein für Wahlen im entgegengesetzten Sinne der Regierung. Sind etwa die Beamten auf den Reichskanzler Fürsten Bismarck und die wechselnden Minister vereidigt. Sie sind Beamten des Kaisers, nicht des Kanzlers, nicht der Minister, und das Ansehen unserer Beamten, unserer Lehrer würde auf das Schwerste geschädigt werden, wenn dergleichen Forderungen an den Beamten gestellt werden. (Zustimmung links und im Centrum.)

Minister Dr. Falk: Der Herr Vorredner hätte sich die an mich gerichtete Frage allein beantworten können. Ich kann darauf nur mit „Nein" antworten; es versteht sich das ja auch ganz von selbst. Der Vorredner hat gar nicht Unrecht, daß viele Beamten ihre Stimmen in einem ganz anderen Sinne abgeben, als ich es wenigstens wünsche. Was den Erlaß der Schleswiger Regierung anlangt, so bin ich vollständig überzeugt, daß es allerdings Fälle giebt, in welchen ein Beamter vermöge seines Diensteides verpflichtet ist, einer gewissen Wahlbewegung sich zu enthalten. Ob ein solcher Fall vorliegt, kann nicht Gegenstand allgemeiner Erörterungen sein, sondern muß von dem konkreten Falle beurtheilt werden. Uebrigens habe ich die Regierung in Schleswig auf den einzelnen Fall verwiesen. Dem Ausdruck der „Regierungsfeindlichkeit" habe ich ein besonderes Gewicht beigelegt und ihn reprobirt.

Abg. Berger lenkt die Aufmerksamkeit des Ministers auf die ungünstigen Ergebnisse der Abiturienten-Prüfungen an einzelnen westfälischen Gymnasien, namentlich am Gymnasium zu Münster, obwohl sich das Prüfungsergebniß an allen höheren Schulanstalten der Provinz Westfalen im Vergleich mit anderen Provinzen sehr günstig gestalte. Der Prozentsatz der für unreif erklärten Abiturienten habe seit den letzten 6 Jahren stets zugenommen und nöthige deshalb, den Gründen dieser Erscheinung nachzuforschen. Vielleicht liege dies daran, daß bei der Bestimmung des Resultates einer Maturitätsprüfung nur die schriftliche und mündliche Prüfung, nicht aber die bisherigen Leistungen des Examinanden als bestimmende Faktoren in Betracht gezogen würden.

Geh. Rath Stauder: Dieser wichtige Gegenstand ist von der Verwaltung eingehend erwogen. In der gesammten Monarchie stellt sich das Verhältniß der für unreif erklärten Abiturienten innerhalb der letzten 2 Jahre bei den Gymnasien auf 18,7 und bei den Realschulen auf 15,3 Prozent. In Westfalen wirkt auf das Gesammtresultat das Gymnasium zu Münster sehr ungünstig ein, wo die Aufnahme und Versetzung in allen Klassen sehr lax gehandhabt wurde. In Posen übernimmt das Marien-Gymnasium diese Rolle, wo von 6 Abiturienten 5 einen vollständig ungenügenden deutschen Aufsatz lieferten. Die bisherigen Leistungen des Examinanden in der Schulzeit müssen als mitbestimmender Faktor bei der Feststellung des Resultates der Maturitätsprüfung in Betracht gezogen werden. An dem ungünstigen Ausfall der Prüfungen trägt die Pest des Verbindungswesens an unseren Gymnasien viel bei und zu ihrer Beseitigung bedürfen wir der energischen Mitwirkung des Elternhauses.

Abg. Windthorst (Meppen): Aus der Statistik der Examina darf man nicht auf den Gymnasiasten schließen. Die Sache wird zu mechanisch gehandhabt, unsere Gymnasiasten erhalten jetzt nicht mehr dieselbe gründliche Vorbildung wie früher. Die Schulverwaltung kann allein hier nicht alles bessern, das Elternhaus muß sie unterstützen. Die Lehrer behandeln die Gymnasiasten zu sehr als Herren, während es doch nur prächtige Jungen sind. Ich kenne ein Gymnasium, wo die Schüler nach den ersten 2 Unterrichtsstunden Morgens zum Frühschoppen gehen. (Heiterkeit.) Das Verbindungs-

wesen kann ein energischer Direktor leicht ausrotten, wenn er nur die nöthige Unterstützung oben und bei den Lehrern findet. Hauptsächlich ist aber Schuld an der Verwilderung der Jugend, daß die jetzige Unterrichtsverwaltung den Religionsunterricht und die Religionsübung an den höheren Lehranstalten, namentlich an den katholischen, nicht mehr wie früher pflegt.

Geh. Rath Stauder: Ich muß im Namen des Ministers der Behauptung widersprechen, daß unter seiner Verwaltung der Religionsunterricht an den Gymnasien weniger Pflege genieße.

Abg. Langerhans: Wenn man eine scharfe Disziplin und strenge Zucht anwenden wollte, so wären das gerade die schlechtesten Mittel. Die Zucht ist heute nicht lockerer. Es muß doch viel an den Lehrern und dem Lehrstoff liegen, daß sie der Jugend nicht den nöthigen Impuls zum Studiren geben können.

Abg. Windthorst-Meppen: Die Jugend soll wohl frisch und lebendig sein, aber nicht in Verhältnisse geführt werden, welche erst einem späteren Alter zukommen. Der Kulturkampf hat bei den Lehrern den Gedanken wachgerufen, es käme auf die Religion nicht mehr an. Die löbliche Sitte, die Gymnasien konfessionell zu behandeln, ist beseitigt, bei dem Examen wird auf die Religion nur wenig Gewicht gelegt. In Bonn ist ein Gymnasiast mit Karzer bestraft worden, weil er am Frohnleichnamsfeste an der Prozession Theil genommen hatte!

Kultusminister Falk: Es wird beim Abiturientenexamen mit der Religionsprüfung nicht leicht genommen; man klagt im Gegentheil über die Erschwerung dieses Prüfungsgegenstandes. (Sehr richtig.) Was den Fall in Bonn betrifft, wo ein Gymnasiast wegen Theilnahme an einer Prozession mit Karzer bestraft ist, so ist den Gymnasiasten vollkommen freigegeben, in Begleitung ihrer Eltern den Prozessionen beizuwohnen, aber von Seiten der Schule soll dahin kein Zwang ausgeübt werden und die Schüler sollen sich auch nicht so geriren, als wenn sie von der Schule dazu gezwungen würden. Derartige Fälle sind vorgekommen, aber Niemand ist nur wegen der Theilnahme an einer Prozession bestraft worden. Man verschweigt eben immer die Hälfte eines Ereignisses, die den Fall erst in das rechte Licht setzt.

Abg. v. Sybel: Bis in die Regierungszeit Friedrich Wilhelms IV gab es gar keine katholischen Gymnasien (Lebhafter Widerspruch im Centrum); erst unter dem Ministerium Raumer wurde mehreren Anstalten dieses epitheton ornans im Etat beigelegt. Was das studentische Treiben der Gymnasiasten betreffe, so könne er konstatiren: als Akademiker und Historiker, daß das studentische Treiben der Gegenwart viel civilisirter (Abg. Windthorst-Meppen: blasirter) geworden sei, als das aus dem frommen Mittelalter erwachsene wilde und rüde Treiben in früherer Zeit.

Abg. Windthorst-Bielefeld: Das Centrum verlange eine religiöse Erziehung, ohne welche der Unterricht nur Abrichtung sei, in demselben Athem fordere es aber eine zwangsweise Anhaltung zur Messe, Beichte und Kommunion.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird Titel 1 genehmigt.

Schluß $4^1/_2$ Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr.

Tagesordnung: Kultusetat.

Deutschland.

** **Berlin**, 14. Januar. Der Prinz Friedrich Karl, Vater der Frau Prinzessin Heinrich der Niederlande, hat sich am Montag Abend unverzüglich von hier nach Luxemburg, bez. Schloß Walferdingen begeben, um seiner Frau Tochter in diesen schweren Tagen zur Seite zu stehen. Auch Prinz Albrecht gedachte heute von Hannover nach Luxemburg zu reisen. Die Leiche des Prinzen Heinrich wird, falls derselbe nicht etwa durch eine letztwillige Akte anders bestimmt hat, in der oranischen Fürstengruft in der Alten Kirche zu Delft, nahe dem Haag, beigesetzt werden. Die Hoftrauer am hiesigen königl. Hofe, welchem der Prinz sieben Male, allein drei Mal durch die Kaiserin, verwandt oder verschwägert ist, hat gestern begonnen und endet mit dem Abend des 26. Januar. Alle Hoffestlichkeiten sind um eine Woche verschoben: das Kapitel des Schwarzen Adler-Ordens sowie das Ordensfest werden am 25. und 26. Januar abgehalten werden; am 30. und 31. d. M. werden dann die große Kour im königl. Schlosse und der erste Subskriptionsball im königl. Opernhause und sodann die weiteren Festlichkeiten folgen.

Der k. österreichisch-ungarische Botschafter am hiesigen Hofe, Graf Szechenyi, ist heute Mittag über Dresden von Wien hier eingetroffen und auf dem Anhaltischen Bahnhofe vom gesammten Botschafts-Personal empfangen worden.

Zum Vorsitzenden des Kriegsgerichts in Sachen S. M. S. „Großer Kurfürst" ist der General der Kavallerie, Baron von Rheinbaben, General-Inspekteur des Militär-Erziehungs- und Bildungs-Wesens, ernannt worden; das Gericht wird sich außerdem aus zwei General-Lieutenants, der eine vom Garde-Korps, der andere von der Artillerie, und in den übrigen Chargen aus Marine-Offizieren zusammensetzen. Das Referat vor dem Kriegsgericht wird der Marine-Stations-Auditeur in Kiel, Justizrath Loos, übernehmen.

Der in nächster Zeit einzuberufende Admiralitätsrath wird mit der Angelegenheit des „Großen Kurfürst" sich nicht mehr zu beschäftigen haben; derselbe soll vielmehr ein Gutachten abgeben über eine neue Fahrordnung der Panzerschiffe sowie über den Bau einer zweiten Einfahrt in den Hafen von Wilhelmshaven. Als Mitglieder dieses Beirathes von Sachverständigen werden neuerdings die Ober-Werft-Direktoren von Kiel, Danzig und Wilhelmshaven genannt, die Kapitäns zur See Frhr. v. d. Goltz, Livonius und Knorr. Vorsitzender des Admiralitätsraths ist nach einer kaiserlichen Verfügung vom Jahre 1871 der jedesmalige Chef der Admiralität, zur Zeit also der Staatsminister General der Infanterie v. Stosch.

Der Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei, welcher dem Bundesrath zugegangen, beziffert sich in seinen fortdauernden Ausgaben auf 103,780 M., 1200 M. weniger als im Vorjahre, weil für den vortragenden Rath, der jetzt eine Dienstwohnung inne hat, der Wohnungsgeldzuschuß in Wegfall kommt. An einmaligen Ausgaben werden 3000 M. für die erste Einrichtung des Centralbureaus des Reichskanzlers gefordert.

Ausland.

Rom, 9. Januar. Der Ministerpräsident Depretis liegt seit dem Neujahrstage, an welchem er sich eine Bronchitis zuzog, krank darnieder. Zu dem Unstern eines Ministerwechsels am Ende des Jahres bedurfte es wahrlich nur noch dieser Krankheit, um das ohnehin erschlaffte politische Leben des Landes vollständig lahm zu legen, da, wie Sie wissen, Depretis die zwei wichtigsten Portefeuilles, des Innern und des Aeußern, verwaltet. Am 14. Januar soll die Kammer ihre Sitzungen wieder aufnehmen und heute, acht Tage vor ihrer Eröffnung, ist das Ministerium durch die Krankheit des Konseilpräsidenten in jeder politischen Wirksamkeit völlig behindert. Sonderbarerweise scheint jedoch diese Unthätigkeit dem Ministerium mehr zu nützen als zu schaden, da sie den verschiedenen Fraktionen Zeit läßt, nachzudenken, was denn geschehen würde, wenn sie das Ministerium Depretis stürzten. Es scheint nun, daß sie sich dessen Untergang als das Hereinbrechen des Chaos vorstellen und daher täglich mehr geneigt sind, es leben zu lassen, so lange es angeht. Möglicherweise trägt die Eventualität einer Kammerauflösung nicht wenig zu dem Durchbruch dieser wohlwollenden Stimmung bei. Denn eine große Menge der im Herbst 1876 gewählten Deputirten täuscht sich darüber nicht, daß sie, selbst wenn die Wahlen nach dem jetzigen Wahlgesetz vorgenommen würden, gar keine Aussicht hätte, wiedergewählt zu werden. Es versteht sich von selbst, daß Niemand diese heimliche Furcht eingesteht, sondern daß sie unter den verschiedensten und mitunter spitzfindigsten Ausreden und Vorwänden verborgen wird. Fragt man nach der augenblicklichen parlamentarischen Lage, so kann man beinahe wetten, daß man beiläufig die Antwort erhalten werde, sie sei zwar verworren, aber dem Ministerium nicht gerade ungünstig. Die Budgetdebatten würden keine großen Schwierigkeiten bieten. Das Ministerium Depretis sei zu spät zur Regierung gekommen, um in dem vom Ministerium Cairoli vorgelegten Budget für 1879 irgend eine wesentliche Abänderung vornehmen zu können. Da es aber für ein fremdes Budget einstehen muß, sei bei der Budgetdebatte eine Kabinetsfrage nicht leicht möglich; das Ministerium könne daher den Tadel aller der Kammer ungenehmen Posten ruhig hinnehmen, sich Abstriche gefallen lassen und die Berücksichtigung aller Wünsche und Rathschläge versprechen, sobald nur der öffentliche Dienst darunter nicht leide.

Provinzielles.

Stettin, 14. Januar. Die Dezember-Einnahme der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft hat sich in ganz unerwarteter Weise günstiger gestaltet, als man dies dies irgend annehmen konnte. Das Plus wird ungefähr für den Dezember 515,000 Mark betragen. Allerdings ist die Güterbewegung in Stettin selbst im Dezember eine etwas größere gewesen und zwar weist der Güterverkehr ein Plus von 1,946,000 Kilogramm auf, d. h. er ist $4^1/_2$ Prozent größer als im Dezember des vorigen Jahres. Hierdurch allein aber wird eine so außerordentliche Mehr-Einnahme keineswegs erklärt. Auch aus den häufig bedeutenden Differenzen der Extra-Ordinarien ist dieses große Plus kaum erklärlich, da im Dezember 1877 z. B. eine sehr empfindliche Minder-Einnahme vorlag. Es wird die ganze 1878er Jahres-Einnahme der Bahn durch dieses im Dezember sich herausstellende Plus völlig verändert. Das Minus auf der Hauptbahn wird von der bisher so sehr beträchtlich erscheinenden Summe von 827,230 Mark auf den verhältnißmäßig nicht sehr bedeutenden Betrag von 312,000 Mark reduzirt.

— Vorsicht bei der Annahme von Goldstücken ist zu empfehlen, denn in jüngster Zeit sind vielfach österreichische Acht-Guldengoldstücke im Verkehr vorgekommen, die den deutschen Zwanzigmarkstücken überaus ähnlich sehen und daher in Zahlung angenommen worden sind, und wodurch der Annehmer einen Schaden von 4 Mark erleidet. Die österreichischen Goldstücke tragen auf dem Avers das Bildniß des österreichischen Kaisers, auf dem Revers den österreichischen Doppeladler und unter demselben ist auf der einen Seite 8 Fl., auf der anderen Seite 20 Frcs. eingeprägt. Diese letztere Aufschrift läßt bei der Annahme eines solchen Goldstückes erst recht den Irrthum zu, als handele es sich in der That um ein Zwanzigmarkstück.

— Nach der im „R.-A." veröffentlichten Uebersicht finden für die Provinz Pommern in diesem Jahre die Prüfungen der „Lehrer an Mittelschulen" vom 11. bis 14. Juni und vom 3. bis 6. Dezember, die Prüfungen für „Rektoren" am 10. und 11. Juni und am 2. und 3. Dezember hierselbst statt.

— Die Konkurse über das Vermögen resp. des Mechanikus Albert Dettmer und des Materialwaarenhändlers Hermann Becker jun. hierselbst sind durch Schlußvertheilung beendet.

— Am Sonntag wurden einem Schneidergesellen, welcher sich in stark angeheitertem Zustande in einem Tanzlokale in Torney befand, aus der Rocktasche 83 M. entwendet; ferner am 8. d. M. einem bei dem Restaurateur Paradeplatz 6 dienenden Mädchen aus unverschlossener Komode 15 Mk. In beiden Fällen sind die Recherchen nach den Dieben bis jetzt ohne Erfolg geblieben.

* **Mühlenbeck**, 13. Januar. Unser Dorf war gestern Zeuge einer außerordentlich seltenen Feier: das ehrwürdige Haumeister Schöning'sche Ehepaar beging seine diamantene Hochzeit. Der Jubelbräutigam und die Jubelbraut, obwohl in den achtziger Jahren, schritten mit freudig festem Fuß nach dem Predigtschlußvers vor den Altar, wo der Pfarrer des Orts, Pastor Jaspis, das Wort Jacobs: „Ich bin zu geringe aller Barmherzigkeit und Treue, die Du an mir gethan hast" mit Bezug auf das alte Paar aus ihrem vielbewegten Leben beleuchtete und der vielen lebenden und heimgegangenen Kinder und Enkel gedachte. Nicht Wenige hatten ihre persönliche Theilnahme an dem Ehrentage ermöglicht. Des Allergnädigsten Kaisers und Königs Majestät hatten M. 45 auf Antrag des Pastors übersandt, die die Privatfestlichkeit im Familienkreise ausrichten halfen. Eine Strophe aus dem Liede: „Lobe den Herrn" schloß nach der Einsegnung die kurze, aber erhebende Feier. Es wäre den ehrenwerthen Alten ein möglichst sorgenfreier Lebensabend zu wünschen, der, wie es scheint, trotz Augenschwäche und Schwerhörigkeit, noch nicht im Anzuge ist.

Greifenberg, 13. Januar. Bei dem Freischulzen Böll in Eiersberg dient seit länger als 50 Jahren noch heute der Knecht Lindemann. Demselben ist als Anerkennung dafür von Sr. Majestät dem Kaiser das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen. Der Dienstherr veranstaltete bei Ueberreichung der Dekoration ein Familienfest und beschenkte dabei den Lindemann mit einem Großvaterstuhl, warmen Kleidungsstücken u. A. Ferner soll Lindemann bis zu seinem Lebensende im Hofe unterhalten werden.

Cöslin, 13. Januar. Wie wir erfahren, hat sich am vergangenen Mittwoch auf dem Roggower Jagdterrain ein betrübender Unglücksfall ereignet. Einer der Jäger erhielt von seinem Jagdgenossen einen Schuß, der unter dem Auge in den Kopf drang. Der Zustand des Verunglückten soll nicht ohne ernste Bedenken sein.

Stolp, 13. Januar. Am 12. d. M. beging das hier wohnhafte Ehepaar Salomo Stern und Jette geb. Philippsthal das seltene Fest des 60jährigen Ehejubiläums. Der Jubelbräutigam ist 83, die Braut 79 Jahre alt.

Vermischtes.

— Man glaubt die Ursachen der Diphtheritis entdeckt zu haben. Die schreckliche Krankheit, der Würgengel der Kinder, fordert rastlos neue Opfer. Ein englischer Arzt, Mr. W. Power, will nun den Ursprung, die Ursachen des Entstehens der Diphtheritis entdeckt haben. Mr. Power ist medizinischer Inspektor des Local Government Board, des englischen Sanitäts- und Lokal-Verwaltungsministeriums, und er ist von dieser Behörde beauftragt worden, die Diphtheritis-Epidemie, die im Mai und Juni des vorigen Jahres Trauer und Schrecken in den Familien des nördlichen und nordwestlichen London verbreitet hat, in ihrem Ursprung und Verlauf zu prüfen. Die Diphtheritis, so erklärt er „mit nahezu apodiktischer Gewißheit", verdankt ihren Ursprung dem Genusse von Milch. Das süßeste und harmloseste aller Getränke, das jede Mutter allezeit mit vollster Beruhigung ihrem Liebhaber reichte, es soll das Gift enthalten können, dem schon so viele Tausende von Kleinen zum Opfer gefallen sind. Daß Milch Scharlach und Intestinal-Krankheiten verschiedener Art erzeugen kann, ist wohl als ausgemacht anzusehen; die neue Entdeckung aber muß überraschend wirken, und wäre der Bau, den Mr. W. H. Power zu ihrer Begründung aufführt, nicht so unerschütterlich, man würde billig Zweifel hegen. Mr. Power untersuchte und prüfte die Milchzufuhr von 2700 Haushaltungen im Epidemie-Bezirk. Von dieser Zahl hatten 473 Haushaltungen ihre Milch von zwei städtischen Milchhändlern bezogen, die Beide die Milch aus einer und derselben ländlichen Quelle erhielten; die 2227 übrigen Haushaltungen bezogen ihre Milch aus verschiedenen Quellen. Von den 473 Familien, welche die Milch von dem obenerwähnten ländlichen Milch-Grossisten bekamen, wurden 68 von der Diphtheritis heimgesucht, also etwa jede siebente Familie. Von den 2227 Familien, die ihre Milch aus anderen Quellen bezogen, wurden nicht mehr als 30 heimgesucht, also etwa jede fünfundsiebzigste Familie. Dort, wo die schlechte Milch genossen wurde, trat die Epidemie also mehr als zehnmal so extensiv auf wie dort, wo man andere Milch bezog. Aber Mr. Power ging noch weiter, er wollte der Theorie von den Gas-Ausströmungen auf den Grund kommen. Er stellte also eine nochmalige Prüfung blos bezüglich jener Häuser an, die schlechte Kanalisation besaßen, von denen ein Theil die schlechte Milch bezogen. Er fand, daß dort, wo man die schlechte Milch bezogen, dreizehnmal so viel Erkrankungsfälle vorgekommen waren als dort, wo man nur von der Gas-Ausströmung zu leiden gehabt hatte. Er fand weiter, daß in allen diesen Epidemien die am meisten heimgesuchten Familien ihre Milch von einem und demselben Milchmeier auf dem Lande bezogen hatten, mit anderen Worten: die Milch derselben Kühe tranken. Mr. Power ging in die Einzelheiten ein; er fand, wie gewöhnlich, daß die Mehrheit der von der Krankheit Ergriffenen Kinder waren, die mehr Milch genießen als Erwachsene, gewiß verhältnißmäßig mehr. Aber noch mehr als das — Mr. Power fand, daß in einer ganz anderen Vorstadt Londons, wohin derselbe Milchmeier Milch zu liefern begonnen hatte, plötzlich, ohne jedes Uebergangsstadium, ohne jeden anderen erkennbaren Grund, dreizehn Diphtheritisfälle, und zwar ausschließlich in solchen Familien, welche diese Milch genossen hatten, vorkamen. Angesichts dieser Thatsache kann man mit einem hohen Grad von Sicherheit annehmen, daß die Ursache des Epidemie-Ausbruches in der Kuhmilch zu suchen ist, die das Kontagium in irgend einer Form enthalten haben muß.

Handelsbericht.

Berlin, 13. Januar. (Bericht über Butter und Eier von J. Bergson und Alfred Orgler.)

Ueber den Verlauf des Geschäfts in vergangener Woche haben wir nicht viel Neues zu berichten. Für feinste Mecklenburger und Holsteiner zeigte sich eine etwas regere Exportfrage. Fand solche auch noch nicht in den Preisen ihren Ausdruck, ist es doch wahrscheinlich, daß Notirungen in dieser Woche etwas höher gehen. Für Mittelsorten bleibt die Stimmung trotz verminderter Zufuhren recht matt. Hiesige Läger sind für den recht kleinen Konsum genügend versehen; Preise dieser Qualitäten sind als nominell zu betrachten. In geringeren Marken findet starkes Angebot in bairischer Butter statt, während in Galizien Preise wiederum anzogen, so daß Bezüge von dort nach hier kein Rendiment geben.

Es notiren ab Versandtorte: Feine und feinste Holsteiner und Mecklenburger 106—112 M., Mittelwaare 100—105 M., feinste Guts- und Pächterbutter 108 M., pommersche 80—90 M., Litthauer 85—100 M., Elbinger 75—80 M., hessische 85 Mark, baierische 70—85 Mark, thüringische 80—92 M., schlesische 76—78 M., schlesische feine und feinste 80—88 M., mährische 60—65 M., galizische frische 68—72 M. per 50 Kilo franko hier.

Bei kleinen Zufuhren und etwas besserem Umsatz stiegen Eier an letzter Börse auf M. 3,50 per Schock und hielten sich heute bei mäßigem Geschäft unverändert.

Detailpreis Mark 3,60 bis Mark 3,65 per Schock.

Durchgang nach hier 354 Fässer, 131 Kisten, nach Hamburg 64 Fässer, 1574 Kisten.

Telegraphische Depeschen.

München, 14. Januar. Gutem Vernehmen nach hat der König den Generalmajor von Fries und den Fabrikbesitzer Hugo von Maffei zu lebenslänglichen Reichsräthen ernannt.

Wien, 14. Januar. Die „Pol. Korresp." meldet:

Aus Konstantinopel: Gestern hat eine längere Konferenz zur Finalisirung des russisch-türkischen Friedens-Vertrages stattgefunden. Die Unterzeichnung des Vertrages wird für Ende dieser Woche erwartet.

Aus Bukarest: Umfassende polizeiliche Recherchen über den Verbleib des zu den Grenzregulirungsarbeiten zwischen Rumänien, Bulgarien und Serbien entsendeten italienischen Kommissars, Oberst Sola, haben ergeben, daß derselbe wahrscheinlich in der Donau ertrunken ist.

Luxemburg, 14. Januar. Die Ständeversammlung ist auf morgen einberufen worden. Der König hat angeordnet, daß bei der Beisetzung des Prinzen Heinrich dieselben Trauerfeierlichkeiten wie bei der Beerdigung der verstorbenen ersten Gemahlin desselben stattfinden sollen.

Paris, 14. Januar. Die amtliche Verkündigung einer Amnestie für etwa 2000 an dem Kommuneaufstand betheiligte und verurtheilte Personen wird in nächster Zeit erwartet.

Versailles, 14. Januar. Der Senat und die Deputirtenkammer haben ihre Sitzungen heute wieder aufgenommen.

Im Senat eröffnete Gauthier de Rumilly als Alterspräsident die Sitzung mit einer Ansprache, in welcher er darauf hinwies, daß die Abstimmung vom 5. d. Mts. die republikanischen Institutionen auf's Neue bestätigt habe. Die Wahl des Bureaus wurde auf morgen festgesetzt. Während der Sitzung erschien der Ministerpräsident Dufaure und wurde mit sympathischen Kundgebungen Seitens der neugewählten Senatoren empfangen. In einer heute stattgehabten Versammlung der Mitglieder der Linken des Senats wurde beschlossen, Martel als Kandidaten für die Präsidentenwahl an Stelle des Herzogs von Audiffret-Pasquier aufzustellen. In der Deputirtenkammer wurde Jules Grevy mit 290 von 299 abgegebenen Stimmen wieder zum Präsidenten gewählt. Die Rechte enthielt sich der Abstimmung. Zu Vicepräsidenten wurden Bethmont, Brisson, Jules Ferry (Linke) und Graf Durfort de Civrac (Rechte) gewählt.

In parlamentarischen Kreisen wird versichert, die Rechte habe beschlossen, sich in allen wichtigen Fragen, wie u. A. in der Amnestiefrage, der Abstimmung zu enthalten und diese Fragen die republikanischen Mitglieder unter sich zur Entscheidung bringen zu lassen. Die Rechte werde ferner eine Erklärung abgeben, in welcher sie ausführen werde, daß in Folge ihrer parlamentarischen Machtlosigkeit ihr diese abwartende Haltung als die geeignetste erscheine.

London, 14. Januar. In der vergangenen Nacht hat in einer Kohlengrube in Dinas (Distrikt Cardiff) eine Explosion stattgefunden. Man fürchtet, daß bei derselben 60 Personen um's Leben gekommen sind.

Washington, 14. Januar. Nach dem von dem landwirthschaftlichen Bureau veröffentlichten Berichte ergab die Maisernte im Jahre 1878 30 Millionen Bushels mehr als im Jahre 1877; die Hafereernte war die beste von allen bisher erzielten; Gerste und Roggen ergaben eine bedeutend bessere Ernte als 1877; bei dem Tabak ist eine Besserung in der Qualität zu konstatiren